



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/100

30. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Gemeindewahlen von Schleswig-Holstein	S. 1
Der Kirchenkampf in der CSR	S. 3
Ominöse Geldquellen	S. 4
Die Wahlen in Rheinland-Pfalz	S. 6

Bürgertum ohne Ideen und Männer

(sp) Wer im Ergebnis der schleswig-holsteinischen Gemeindewahlen Aufschluss über das Verhältnis der einzelnen Parteien versuchen will, wird an dieser Aufgabe verzweifeln. Er wird eine einzige Partei finden, die mit einer klaren Linie in den Wahlkampf gegangen ist und dieser Haltung auch einen Wahlsieg verdankt. Das ist die SPD, die z.B. in der Landeshauptstadt, wo bisher 22 bürgerliche ebensovielen sozialdemokratischen Stadträten gegenüberstanden, dieses Verhältnis mit 29 : 16 zu ihren Gunsten ändern konnte; die selbst in Neumünster, wo Ministerpräsident Bartram eine bürgerliche Einheitsliste zustande brachte, mit 18 : 17 Mandaten sich die Mehrheit sichern konnte. Die SPD von Schleswig-Holstein, das haben die Gemeindewahlen vom Sonntag eindeutig erwiesen, hat sich von den Rückschlägen des vergangenen Jahres erholt. Sie hat gegenüber den Landtagswahlen aufgeholt und, verglichen mit Haltung und Erfolg der bürgerlichen Parteien, den Beweis erbracht, dass in der Politik eindeutige Haltung und klare Linie Faktoren sind, die man nicht ungestraft der Wahlstrategie opfern darf.

Die bürgerlichen Parteien, die ihre Angst vor den beiden Mühlsteinen SPD und BHE in über 500 Parteien und Parteigruppen

verbargen und so jedes politische Konzept aufgaben, haben dafür die Quittung erhalten. Hauptleidtragender ist die CDU, die in diesem bürgerlichen Mischmasch völlig untergegangen ist und ihre einstige führende Stellung im Lande verloren hat. Aber auch die anderen Parteien werden in Verlegenheit kommen; nicht einmal sie selbst können die Frage beantworten, wie stark sie nun eigentlich sind. Das Bürgertum, einschliesslich BHE, hat das politische Gesicht verloren. Echte Politik ist schöpferisch; das hat das Bürgertum in Schleswig-Holstein vergessen und dem alleinseligmachenden Motto: Kampf der Sozialdemokratie um jeden Preise geopfert. Die Antwort ist nicht ausgeblieben.

Dennoch bestimmt dieses profillosse Bürgertum heute die Politik des Landes. Der Landtag aber ist keine vom Volk isolierte Institution; im Gegenteil, er spricht im Namen des Volkes oder er soll es zumindest tun. Ist der heutige Landtag von Schleswig-Holstein nach diesem Wahl-Sonntag dazu noch berechtigt?

Wahrscheinlich wird in den bürgerlichen Parteien Schleswig-Holsteins ein grosses Reinemachen beginnen. Man spricht auch bereits davon, dass neben dem BHE und der SPD eine neue bürgerliche Mittelpartei gegründet werden soll. Aber soll diese Partei von den Männern gegründet werden, die das Bürgertum dem Chaos dieser Gemeindewahl ausgesetzt haben? Es scheint, als ob es dem Bürgertum in Schleswig-Holstein nicht nur an Ideen, sondern auch an Männern fehle. Die Regierung Bartram, der Wahlblock, die Koalition mit dem BHE, das Ganze unter dem Motto, die SPD niederzuhalten, war ein Griff in die Urne, ein politisches Hasard-Spiel, von den bürgerlichen Parteien wie vom BHE. Mit Frau Fortuna konnte man aber keine Koalition eingehen und darum kam, was kommen musste. Für den Gedanken der Demokratie war dieser Wahl-Sonntag über Schleswig-Holstein hinaus kein Fortschritt.

Gottwalds Kampf gegen die Kirche"Bischofskonferenzen" mit Polit-Büro-Regie

H.Wien, Ende April.

Fast unbemerkt von der ausländischen Öffentlichkeit ist in diesen Tagen in der Tschechoslowakei der erste entscheidende Abschnitt des Kampfes der kommunistischen Machthaber gegen die im Lande führende katholische Kirche abgeschlossen worden. Vorausgegangen war die Beseitigung des Erzbischofs Beran, von dem eine amtliche Prager Verlautbarung sagte, dass ihm "wegen seiner ablehnerden Haltung zum neuen Kirchengesetz ein Aufenthaltsort ausserhalb der Prager Diözese angewiesen" worden sei. Damit war der letzte äussere Widerstand der römischen Kirche gegen Gottwalds Regime aus dem Wege geräumt. Nun konnte der Hradschin darangehen, den neuen Abschnitt "volksdemokratischer Kirchenpolitik" einzuleiten. "Feierliche Eidesleistung der Bischöfe" hiess die Veranstaltung, zu der die neuernannten volksdemokratischen Kirchenfürsten herbeikommandiert worden waren. Als ihr gefügiger Wortführer fand sich der neue Bischof der slowakischen Diözese Kaschau, ein Dr. Carsky, der seinen "Eid" in die Hände des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zdenek Fierlinger mit einer Huldigungsadresse begleitete, in welcher er sogar bescheinigte, dass das volksdemokratische Regime genau den "Gesetzen unserer heiligen Kirche entspricht".

Dem bestellten Schauspiel der Vereidigung der Bischöfe auf die kommunistische Regierung war die Beseitigung zahlloser Inhaber mittlerer und unterer Kirchenämter im ganzen Lande vorausgegangen, wobei man besonders in der höheren Hierarchie auf erbitterten Widerstand gestossen war. Bei der sogenannten Vereinigung der Bischöfe hatte man daher diesen neuen Verwaltern der Kirchensprengel die bindende Verpflichtung abgenommen, dass sie in Zukunft auch keinen ihnen unterstellten Prieser mit kirchlichen Strafen verfolgen werden, welcher "im Geiste des Gesetzes unseres Landes dem Volke dient". Damit hat die Prager Regierung die kirchliche Disziplinargewalt gegen weitere Renegaten ausgeschaltet und den kommunistischen "Volkspriestern" den Weg geebnet, die dem Vorbild Pater Flojhars folgen sollen. Vom Widerstand gegen diese versuchte Massengleichschaltung

der katholischen Kirche auf das Prager Regime zeugt die Tatsache, dass in fast allen grossen Diözesen neue Kanonici eingesetzt werden mussten, so z.B. in den Diözesen Prag, Leitmeritz, Königgrätz, Budweis, Olmütz und Brünn, sowie in allen slowakischen Diözesen. Diese Posten wurden erstmalig in der Geschichte - von der Regierung mit gefügigen Landpfarrern besetzt, von denen die amtliche Verlautbarung meint, dass sie "wissen, was das Volk braucht".

Die Regieführung des Politbüros in diesem entscheidenden Abschnitt des tschechischen Kirchenkampfes wurde besonders deutlich an einem "Hirtenbrief", den die neuvereidigten Bischöfe von den Kanzeln verlesen mussten. Dort heisst es wörtlich, dass sich die Priester in die Friedensbewegung einreihen, dass sie mit den Arbeitern und Bauern in den Genossenschaften arbeiten und dass es nicht genüge, für den Frieden nur zu beten. Die am 14. April in Pressburg zusammengetretene Konferenz der slowakischen Bischöfe scheint beim Prager Politbüro besonders viel abbitten zu müssen: sie beschloss nämlich eine bischöfliche Resolution, in welcher sich die kirchlichen Würdenträger hinter die Beschlüsse des kommunistischen "Weltfriedensrates" stellen und den Abschluss einen Friedensvertrages zwischen den fünf Grossmächten fordern.

+ + +

Der rote Handel finanziert Piecks Partisanen

F.T. Die radikalen Kräfte in der westdeutschen und Westberliner Politik verfügen über viel Geld, wie das Ausmass und die Art ihrer Propaganda beweist. Aus Beiträgen ihrer Mitglieder und Anhänger können diese Mittel nicht stammen, denn die Mitgliederzahl dieser Partei ist unbedeutend. Somit ist die Frage berechtigt: Woher stammen diese Mittel?

Ein schlüssiger Beweis über die Herkunft dieser Beträge dürfte kaum zu erbringen sein, solange es nicht gelingt, die Hauptmanager des illegalen West-Ost-Handels zu fassen und zu bewegen, ein volles Geständnis abzugeben. Nachforschungen in Berlin zeigen, dass diese radikalen Gruppen ihren Parteifonds aus dem West-Ost-Geschäft speisen. Westdeutsche Handels- und Speditionsvertreter geben sich bei Personen in Westberlin, die als Anhänger der DSP und anderer radikaler

Gruppen bekannt sind, ständig ein Stalldiebin. So kumpierte der Inhaber einer "Produkten-Grosshandlung" in Hamburg-Fuhlsbüttel durch volle zwei Wochen bei einem Anhänger der DSP in Berlin-Charlottenburg, Leibnizstrasse 96, ohne seine Anwesenheit den zuständigen Stellen in Berlin zu melden und führte, wie festgestellt werden konnte, intensiv Besprechungen mit Vertretern ostzonaler Wirtschaftsstellen und mit im illegalen West-Ost-Geschäft tätigen Personen. Jetzt befindet sich derselbe Herr geschäftlich in der sowjetischen Besatzungszone.

Viele, wahrscheinlich die meisten Interzonenschieber - vielfach sind es Rumänen, Bulgaren, Jugoslawen und Holländer, die zum Teil im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind - benutzen die Repräsentanten dieser radikalen Parteigruppen als Mittelsmänner zu westdeutschen Wirtschaftskreisen. Ohne Bezahlung wird diese Vermittlung nicht gemacht werden. Mitglieder und Anhänger dieser radikalen Gruppen sind selber aktiv im West-Ost-Geschäft tätig. Es handelt sich hier um ein weitverzweigtes Netz. Das Ost-West-Geschäft blüht und ernährt seinen Mann. Viele Zwischenmänner protzen mit einem Monatseinkommen von 20.000.- DM.

Es ist somit durchaus wahrscheinlich, dass der Osten diesen radikalen Gruppen direkt keine Mittel zur Verfügung stellt. Über den illegalen Interzonenhandel aber finanziert er sie indirekt. Der Osten profitiert davon in doppelter Beziehung: Er erhält aus der Bundesrepublik die ihm fehlende Mangelware, wie Dieselmotoren, Ankerketten, Stahlplatten, Chemikalien usw. und finanziert dabei Parteien, die die Demokratie in der Bundesrepublik unterhöhlen.

Solange die Bundesrepublik den illegalen Interzonenhandel nicht zum Erliegen bringt, werden diese radikalen Kräfte auch die nötigen Mittel zur Entfaltung einer destruktiven politischen Propaganda haben. Es wird um sie stiller werden, sobald ihre wirtschaftliche Grundlage zerstört ist.

Was will die DP vom Rundfunk?

J.F.W. Die Deutsche Partei befindet sich in der offensichtlichen Verlegenheit, nicht mit eigenen politischen Leistungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gewinnen zu können. Sie begibt sich daher auf den bequemen Weg des Angriffs gegen Dritte, um wenigstens so von sich reden zu machen. Dazu fällt ihren Parteiregisseuren nichts Originelleres ein, als eine Serie von Vorwürfen gegen den NWDR zu starten, diesen ewigen Blitzableiter der politisch zu kurz gekommenen. In ihren Veröffentlichungen und auf Pressekonferenzen beschuldigt sie diesen Sender der "sozialistischen Inzucht". Sie gräbt ein anonymes Pamphlet aus, das vor Jahresfrist Zeitungen, die seine Unterstellungen nachdruckten, kostspielige Prozesse einbrachte und vermischt diese Angaben mit eigenen Behauptungen von ähnlichem Wort. So kommt die DP schliesslich zu der mit empörtem Stimm-aufwand vorgetragenen Feststellung: beim NWDR sind zehn Sozialisten beschäftigt! Zehn Männer unter mehr als 2.000 Angestellten dieses Senders! Welch bedrohliches Zeichen politischer Einseitigkeit, klagt die DP. Der Ansicht sind wir auch! Es wäre wahrhaftig erschreckend, wenn bei einem Sender, unter dessen Hörern sich von Wahl zu Wahl eine wachsende Menge zum Sozialismus bekennt, nur ganze zehn Sozialisten arbeiten. Dies Missverhältnis wäre tatsächlich beunruhigend. Umso mehr, als die Artikelschreiber der Deutschen Partei in ihrem Eifer auch Männer zu Sozialisten machten, die es wahrhaftig nicht sind, so einen Anhänger der FDP.

Es kommt aber hier nicht darauf an, diese und andere Behauptungen der DP zu widerlegen, das hat inzwischen der NWDR schon selbst besorgt. Etwas anderes verdient, festgehalten zu werden:

Die gleiche DP, deren führende Leute zum grossen Teil alle Ursache haben, ihr politisches Handeln in den unheilvollen zwölf Jahren vergessen zu machen, schämt sich nicht, Männer zu verdächtigen, weil sie die braune Diktatur bekämpften und den Sozialismus bejahen. Die Verantwortlichen dieser Partei unternahmen es, Menschen anzugreifen, die ihr Leben für die Freiheit wagten zu einer Zeit, da mehr als einer aus ihrem eigenen Kreise der Diktatur diene. Die Deutsche Partei schadet damit nicht dem Sozialismus - sie gefährdet

die deutsche Demokratie, der verpflichtet zu sein sie heute so gern betont.

Gemessen an diesem Unterfangen fällt ihre Behauptung, die Sozialisten im NWDR gefährdeten die Objektivität des Programmes, kaum mehr ins Gewicht. Jedermann weiss, dass der Generaldirektor des NWDR Sozialist ist. Ebenso bekannt ist aber auch sein überparteiliches Bestreben, die Ansichten und Forderungen der DP und ihrer Bonner Koalitionsfreunde in der Personalpolitik des NWDR und in den Programmen des Senders zu berücksichtigen. Dies hat zu einer Tendenz in der Mehrzahl der politischen Sendungen des NWDR geführt, die keinen Sozialisten befriedigen kann. Diese Tatsachen sind auch der DP kein Geheimnis. Mit ihren Angriffen beweist sie daher nur, dass es ihr nicht um die Überparteilichkeit des Rundfunks geht, sondern dass sie danach strebt, ihn zu beherrschen.

+ + +

Leuna-Salpeter für Franco

(sp) In Hamburger Kalihafen trafen vor kurzem einige spanische Schiffe ein, die Salpeter luden, der eilends von den im Ostzonengebiet liegenden Leunawerken nach Hamburg zur Verladung geschickt worden war. Die ostzonale Leitung des Leunawerkes hatte es dabei so eilig, den Kunden Franco zu bedienen, dass sie den Salpeter in noch warmen Zustand einwaggoniert hatte, so dass er bei seiner Ankunft in Hamburg zu grossen Klumpen zusammengebacken war, die mit den hydraulischen Kränen nicht umgeladen werden konnten. Leitung und Belegschaft des Kalihafens weigerten sich schliesslich, den Salpeter in diesem Zustande zu verladen, worauf entschuldigend darauf hingewiesen wurde, dass die für Spanien bestimmten Mengen ausserordentlich eilig hergestellt werden, da es sich um einen grossen Auftrag handele!

Bemerkenswert ist, dass die unter sowjetrussischer Führung stehende ostdeutsche Handelspolitik Franco Salpeter liefert, obwohl, wie die spanischen Seelute erzählen, nur ein Teil des Salpeters für die spanische Landwirtschaft bestimmt sei, der grössere Teil jedoch für Francos - Munitionsfabriken.

+ + +

Arbeiterwohlfahrt tagt in Stuttgart

(sp) Der Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt hat auf seiner Tagung am 28. und 29. April im Luftkurort Hiddesen bei Detmold beschlossen, die diesjährige Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt vom 23. bis 25. September in Stuttgart abzuhalten.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt